

N i e d e r s c h r i f t

RAT/VIII/5

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 28.01.2010 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor

Branse, Martin

Deitert, Manuel

Eimers, Alfred

Espelkott, Tobias

Everding, Clara

Fedder, Ralf

Isfort, Mechthild

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Lembeck, Guido

Meier, Lisa Margeaux

Mensing, Hartwig

Newman, Claudia

Rahsing, Ewald

Reints, Hermann

Riermann, Günter

Schenk, Klaus

Schubert, Franz

Schulze Baek, Franz-Josef

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

Tendahl, Ludgerus

Weber, Winfried

Wilde, Andreas

anwesend ab TOP 3.2 ö.S.

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Isfort, Werner

Homering, Antonius

Fuchs, Maria

Wisner-Herrmann, Sabine

Allgemeiner Vertreter

Kämmerer

Fachbereichsleiter

Produktverantwortliche

Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Eckstein, Karl
Meier, Frank

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:15 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer, sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 19. Januar 2010 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin Vorlage: VIII/91

Bürgermeister Niehues stellte Frau Wisner-Herrmann als neue Mitarbeiterin der Gemeinde Rosendahl vor, die jetzt als Schriftführerin für möglichst alle Rats- und Ausschusssitzungen tätig werden solle. Er schlug vor, Frau Wisner-Herrmann zur Schriftführerin des Rates und Frau Fuchs zur Stellvertreterin zu bestellen.

Der Rat fasste hierzu folgenden **Beschluss**:

Frau Wisner-Herrmann wird bis zum Ende der Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin und Frau Fuchs zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsmitglied Deitert war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.

2 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

Es gab keine Anfragen von Einwohnern.

3 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

3.1 Anfrage zum Störfall in der Urananreicherungsanlage der Firma URENCO in Gronau - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf bezog sich auf den Störfall in der Urananreicherungsanlage der Firma URENCO in Gronau und bat darum, die aktuellen Messergebnisse der ODL-Messstelle des Bundesamtes für Strahlenschutz, die im Ortsteil Darfeld an der Turnhalle (Sudetenstraße) positioniert ist, bekannt zu geben.

Bürgermeister Niehues sagte dies zu.

Hinweis: Dem Protokoll ist als **Anlage I** ein Aktenvermerk zum Radioaktivitätsmessnetz sowie eine Darstellung der aktuellen Messergebnisse beigelegt.

3.2 Ausbau des Radwegs Rheine-Coesfeld - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass ihm eine Information zu Ohren gekommen sei, wonach im Falle einer Nichtbeteiligung der Stadt Billerbeck an dem Schienenradwegeprojekt Coesfeld-Rheine der dritte Bauabschnitt, zu dem Darfeld gehöre, dann gänzlich aus der Landesförderung genommen werde. Er bat um Mitteilung, ob diese Information zutreffe oder aber es sich hier um ein Gerücht handele.

Bürgermeister Niehues teilte dazu mit, dass er nach dem Anruf eines Billerbecker Ratsmitgliedes zu diesem Thema mit Herrn Mollenhauer, Fachbereichsleiter Planen und Bauen der Stadt Billerbeck, Kontakt aufgenommen habe. Dieser habe ihm mitgeteilt, dass die Entscheidung über eine Beteiligung an dem Radwegeprojekt voraussichtlich in der März-Sitzung getroffen werde. Bürgermeister Niehues schlug den Fraktionen vor, auf die Billerbecker Fraktionen zuzugehen und entsprechende Gespräche für eine Projektteilnahme zu führen. Er hoffe aber, dass der Radweg wie geplant gebaut werde.

3.3 Kostenaufstellung zum Bürgerradweg Rockel im Ortsteil Darfeld - Herr Riermann

Ratsmitglied Riermann bat um Auskunft über den derzeitigen Stand der Kosten zum fast fertigen Bürgerradweg Rockel an der L 580.

Bürgermeister Niehues sagte dies zu.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte dazu ergänzend mit, dass der im Haushalt 2009 vorgesehene Kostenrahmen eingehalten worden sei. Er liege derzeit bei ca. 80.000 €, wobei die Landeszuwendung in Höhe von 60.000 € schon vereinnahmt worden sei.

3.4 Bürgerbegehren gegen das geplante Jugendhaus im Ortsteil Osterwick - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber wollte wissen, wie es mit dem eingereichten Bürgerbegehren aussehe.

Bürgermeister Niehues teilte dazu mit, dass es sich dabei lediglich um die Ankündigung eines Bürgerbegehrens handele. Zunächst müsse eine Unterschriftensammlung erfolgen.

Auf die Frage von Ratsmitglied Everding, was er denn konkret erhalten habe, antwortete Bürgermeister Niehues, dass ihm von Herrn Löchtfeld persönlich ein Schreiben ohne Unterschrift überbracht worden sei, in dem auf ein geplantes Bürgerbegehren hingewiesen werde.

3.5 Frage zu Verträgen mit der Kolpingsfamilie Osterwick - Herr Riermann

Ratsmitglied Riermann stellte die Frage, ob es sein könne, dass jetzt Verträge abgeschlossen würden, die später im Falle eines Bürgerentscheides rückgängig gemacht werden müssten.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass der Vertrag mit der Kolpingsfamilie am 26. Januar 2010 geschlossen worden sei. Der tatsächliche Umbau könne jedoch erst beginnen, wenn die Mittel im Haushalt 2010 verbindlich bereit stünden. Außerdem sollen Mittel aus dem Konjunkturpaket II verwendet werden. Diese müssten bereits vor Jahresende verwendet und abgerechnet werden. Vor dem eigentlichen Baubeginn müsse ferner eine Nutzungsänderung beantragt und ein Brandschutzkonzept erstellt werden. Wenn man erst den Ausgang des angekündigten Bürgerbegehrens abwarten wolle, sei eine Realisierung des Jugendhauses in diesem Jahr zeitlich gar nicht mehr machbar. Deshalb führe er das Projekt so weiter, wie dies vom Rat am 17. Dezember 2009 beschlossen worden sei.

Ratsmitglied Branse äußerte sein Unverständnis darüber, dass Bürgermeister Niehues den Vertrag mit der Kolpingsfamilie abgeschlossen habe, obschon er wisse, dass ein Bürgerbegehren komme. Dies finde er sehr befremdlich. Er wies darauf hin, dass mit dem Vertrag über 10 Jahre eine Verpflichtung in Höhe von 500.000 € eingegangen werde.

Bürgermeister Niehues verdeutlichte noch einmal, dass er einen entsprechend gefassten Ratsbeschluss ausführe. Die Baumaßnahme selbst könne insoweit noch gestoppt werden, als mit dem Umbau erst begonnen werden dürfe, wenn Mittel im Haushalt verbindlich bereitgestellt wurden.

3.6 Stellungnahme zum Regionalplan - Herr Mensing

Ratsmitglied Mensing erkundigte sich, ob die Gemeinde aufgefordert worden sei, eine Stellungnahme zum in Planung befindlichen Regionalplan der Bezirksregierung Münster abzugeben.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass den Gemeinden bei der Bezirksregierung Münster der erste Entwurf des Regionalplanes vorgestellt worden sei und hierzu Abstimmungsgespräche stattgefunden haben. Dieser Entwurf sei bereits vor längerer Zeit im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt worden. Es gebe aber noch keine Aufforderung zu einer offiziellen Stellungnahme. Sobald die Gemeinde hierzu aufgefordert werde, werde er die Angelegenheit dem Rat bzw. dem Fachausschuss zur Entscheidung vorlegen.

3.7 Ausbau der Antonius-Grundschule im Ortsteil Darfeld - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing wies darauf hin, dass am 16. September 2009 im Vorfeld der Schul- und Bildungsausschusssitzung eine Begehung der Räumlichkeiten der Antonius-Grundschule Darfeld stattgefunden habe. Nach einer Diskussion

über die Vorgehensweise beim weiteren Ausbau habe man die Verwaltung gebeten, einen Masterplan zu erstellen, bevor weitere Baumaßnahmen durchgeführt würden. Trotzdem habe die Verwaltung weitere bauliche Maßnahmen (Erneuerung des Daches) durchgeführt und sei deshalb vom Meinungsbild des Ausschusses abgewichen.

Bürgermeister Niehues erklärte dazu, dass nur die unbedingt nötige Dachsanierung durchgeführt worden sei, da die Dachpfannen absolut schadhaft gewesen seien; dies sei auch immer Gegenstand der Beratungen gewesen. Ansonsten habe man den kompletten Innenausbau gestoppt. Dieses Vorgehen sei eindeutig durch die Beschlusslage abgedeckt.

3.8 Anwaltskosten für die Leistungsklage gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering - Herr Söller

Ratsmitglied Söller bat darum, die Kosten für die Anwälte der Gemeinde und der Gegenseite, die aufgrund der Leistungsklage der Gemeinde Rosendahl gegen den ehemaligen Bürgermeister Meyering entstanden seien, über das Protokoll bekannt zu geben.

Bürgermeister Niehues sagte dies zu.

<u>Antwort:</u>	Kosten für den Anwalt der Gemeinde:	4.270,91 €
	Kosten für den Anwalt der Gegenseite:	4.425,05 €

3.9 Geschwindigkeitsbegrenzung auf der L 555 am Abzweig Horstmar im Ortsteil Darfeld - Herr Schubert

Ratsmitglied Schubert wies darauf hin, dass es auf der L 555 im Ortsteil Darfeld an den Abzweigungen Richtung Eggerode/ Up de Rieth sowie Horstmar zunächst die Einschränkung auf 70 km/h gebe, aber auf dem Zwischenstück wieder 100 km/h erlaubt sei. Er plädiere dafür, eine einheitliche Begrenzung auf 70 km/h vorzunehmen.

Bürgermeister Niehues erläuterte dazu, dass es sich hier um eine Landstraße handle, bei der die Gemeinde Rosendahl kaum Einfluss nehmen könne. Er könne diese Anregung an Straßen.NRW weitergeben, halte das Begehren aber für aussichtslos.

3.10 Geschwindigkeitsmessungen an der L 555 im Ortsteil Darfeld - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass im westlichen Bereich der Ortsumgehung Darfeld auch eine potentielle Unfallstelle liege. Straßen.NRW habe dort Messungen vornehmen wollen. Er wisse aber bis jetzt nichts von entsprechenden Messungen bzw. den Ergebnissen.

Bürgermeister Niehues bestätigte, dass diese Messungen angekündigt waren. Er werde an entsprechender Stelle nachhaken und hierüber im Rat berichten.

3.11 Vorbereitung auf einen Katastrophenfall mit Atommüll - Herr Fedder

Ratsmitglied Fedder erkundigte sich, ob die Gemeinde Rosendahl für einen Katastrophenfall mit Atommüll gerüstet sei. Die Bahnlinie zum Zwischenlager Ahaus, die seines Wissens für die Castor-Transporte genutzt werde, gehe schließlich über Rosendahler Gebiet.

Bürgermeister Niehues sagte eine Überprüfung zu.

4 Bericht aus anderen Gremien

4.1 Bericht über die Sitzung der VHS Coesfeld-Billerbeck-Nottuln-Rosendahl - Herr Mensing

Ratsmitglied Mensing berichtete, dass bei der Sitzung der Volkshochschule Coesfeld-Billerbeck-Nottuln-Rosendahl der Haushalt für 2010 in Höhe von 250.000 € eingebracht und beschlossen worden sei. Von dieser Summe entfielen etwa 10 % auf die Gemeinden Rosendahl, Billerbeck und Nottuln, der Anteil für die Gemeinde Rosendahl belaufe sich dabei auf ca. 4.000 €.

4.2 Bitte um Bericht von der Tagung des Städte- und Gemeindebundes - Herr Mensing

Ratsmitglied Mensing bat Bürgermeister Niehues um einen Bericht von der Tagung des Städte- und Gemeindebundes, an der er teilgenommen hatte.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er sich später dazu äußern wolle.

5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse.

Er teilte ergänzend mit, dass der in der Allgemeinen Zeitung erschienene Pressebericht zur Übernahme des Betriebes für die Schulmensa durch das Kolping-Bildungswerk verwaltungsseitig nicht gestützt worden sei. Er müsse noch eruieren, woher die Presse die Informationen habe.

Ratsmitglied Söller wies darauf hin, dass das knappe Abstimmungsergebnis zum geplanten Jugendhaus nicht mit der Anwesenheitsliste des Ratsprotokolls vom 17. Dezember 2009 übereinstimme. Er bat um Überprüfung.

Ratsmitglied Eimers teilte mit, dass sein Name auf der Anwesenheitsliste fehle, er aber anwesend gewesen sei und auch mit abgestimmt habe.

Hinweis: Die Anwesenheitsliste wurde entsprechend korrigiert. Den Ratsmitgliedern wurde die korrigierte Seite der Ratsniederschrift vom 17. Dezember 2009 im Laufe der Sitzung ausgehändigt.

Auch die jeweils 1. Seite der Ratsprotokolle vom 5. sowie 26. November 2009 wurde entsprechend korrigiert und im Original ausgetauscht.

**6 Antrag von Anliegern und Anwohnern der Schöppinger Straße zum Bau eines Bürgerradweges an der Schöppinger Straße (L 582) im Ortsteil Osterwick
Vorlage: VIII/78**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VIII/78.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag und fasste folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Anlieger und Anwohner der Schöppinger Straße zum Bau eines Bürgerradweges an der Schöppinger Straße (L 582) im Ortsteil Osterwick wird zur weiteren Beratung an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7 Antrag des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick e. V. auf Umwandlung des Tennenplatzes im Ortsteil Holtwick in einen Kunstrasenplatz
Vorlage: VIII/79**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/79.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag und fasste folgenden **Beschluss:**

Der Antrag des Sportvereins Schwarz-Weiß Holtwick e. V. auf Umwandlung des Tennenplatzes im Ortsteil Holtwick in einen Kunstrasenplatz wird zur weiteren Beratung an den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010 sowie Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2010
hier: Zuleitung der Entwürfe an den Rat gemäß § 80 GO NW
Vorlage: VIII/90**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VIII/90.

Kämmerer Isfort stellte anschließend anhand einer Power-Point-Präsentation die Eckdaten der Haushaltsatzung, des Haushaltsplanes sowie insbesondere des Haushaltssicherungskonzeptes vor. Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage II** beigelegt.

Bürgermeister Niehues nahm anschließend hierzu Stellung. Er wies auf eine Haushaltsumfrage im Kreis Coesfeld hin, die fast allen Gemeinden und Städten im Kreis eine desolade Haushaltslage bescheinige. Bei der Arbeitstagung des Städte- und Gemeindebundes habe der Hauptgeschäftsführer, Herr Dr. Schneider, deutlich gemacht, dass die Gemeinden von Bund und Land „ausgeblutet“ würden. Es gebe vier Ausgabenblöcke, die den Kreis Coesfeld und damit auch die Gemeinden stark belasteten:

1. die Behindertenhilfe über die Landschaftsverbandsumlage,
2. die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen,
3. die Grundsicherung insbesondere für Rentner mit niedriger Rente,
4. die Unterkunftskosten für ALG II-Empfänger, die sich in Miete, Nebenkosten und Heizkosten aufgliedern.

Er sei der Ansicht, dass gerade die Kosten für die Arbeitslosen in die Verantwortung des Bundes fallen. Hier sei aber geplant, die bisherige Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkünfte von 31% auf 23% zu senken, was zu einer weiteren Mehrbelastung der Kommunen führen würde.

Zusätzlich mache die Regierung in Berlin Steuergeschenke in Form von Steuerensenkungen an die Hoteliers, an denen die Gemeinden in Höhe von 23% beteiligt seien. Dies sei eine Entwicklung, gegen die sich Gemeinden wehren müssten.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass auch viele andere Kommunen bald in die Haushaltssicherung gehen müssten.

Er betonte, dass die Gemeinde Rosendahl sich keine Luxusdinge geleistet, sondern lediglich Investitionen zur Erhaltung der Infrastruktur getätigt habe.

Mit seiner Stellungnahme wolle er jetzt keine Diskussion eröffnen, aber deutlich machen, was die Hauptursachen für die Finanzmisere der Städte und Gemeinden seien.

Abschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Entwurf der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes und Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2010 der Gemeinde Rosendahl und der hierzu aufgestellte Entwurf eines Haushaltssicherungskonzeptes werden gemäß § 59 Abs. 2 GO zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss und die jeweils zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9 Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern in der Gemeinde Rosendahl für das Haushaltsjahr 2010 (Hebesatzsatzung 2010)
Vorlage: VIII/89

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage Nr. VIII/89.

Bezug nehmend auf die Sitzungsvorlage erkundigte sich Ratsmitglied Mensing, ob im Hinblick auf eine eventuelle nachträgliche Erhöhung der Hebesätze die Bescheide mit einem Vorläufigkeitsvermerk verschickt würden.

Kämmerer Isfort erklärte dazu, dass die jetzigen Bescheide endgültig seien. Sollte der Rat später eine Änderung der Hebesätze beschließen, wäre ein Änderungsbescheid zu erstellen.

Fraktionsvorsitzender Branse teilte mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Vor zwei Jahren habe man keine Zustimmung erteilt, weil man nicht geglaubt habe, dass eine Anhebung der Hebesätze zum Haushaltsausgleich beitrage. Es sei das erwartete Szenario eingetreten, aber da die Bescheide eine Rechtsgrundlage haben müssten, habe man sich heute zur Zustimmung entschlossen.

Fraktionsvorsitzender Weber wies darauf hin, dass es zwar richtig sei, dass Bund und Länder die Gemeinden ‚ausbluten‘ würden, Schuld an der desolaten Haushaltslage sei aber die Gemeinde selbst. Die Grünen hätten in der Vergangenheit bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die Gemeinde über ihre Verhältnisse leben würde und hätten Einsparpotentiale aufgezeigt. Die Mehrheit im Rat habe sich jedoch dagegen ausgesprochen. Er stelle für die Fraktion der Grünen den Antrag, alle Hebesätze um 15 Prozentpunkte anzuheben.

Fraktionsvorsitzender Branse schlug vor, erst einmal die vorgelegten Zahlen (Haushalt und HSK) zu verdauen und mit einer möglichen Anhebung bis nach den Haushaltsberatungen zu warten.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass bei einer Anhebung der Hebesätze bis zum 30.06.2010 diese rückwirkend zum 01.01.2010 gültig werden würden, so dass man mit einer erneuten Bescheiderteilung die entsprechenden Steuern einfordern könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass seine Fraktion sich dazu zunächst nicht äußern wolle. Er halte den Vorschlag der Grünen für populistisch. Man müsse sich zunächst in die Zahlen einarbeiten und solle von einer mentalen Panikmache absehen.

Ratsmitglied Mensing erklärte, dass auch die WIR nichts von einem Schnellschuss halte, was aber nicht bedeute, dass der Vorschlag vom Fraktionsvorsitzenden Weber vollkommen abgelehnt werde. Man wolle sich nach den Haushaltsberatungen dazu äußern.

Auch Ratsmitglied Schulze Baek forderte ein Abwarten bis nach den Haushaltsberatungen.

Kämmerer Isfort teilte mit, dass die Mehrerträge durch Steuererhöhungen bei der Gemeinde Rosendahl blieben, da die Hebesätze bereits heute oberhalb der fiktiven Hebesätze lägen.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte an, in welchen zeitlichen Abständen die fiktiven Hebesätze neu festgelegt würden.

Kämmerer Isfort erklärte, dass das nicht turnusmäßig geschehe. Sie würden regelmäßig vom Land überprüft, aber es gebe hier keinen Automatismus.

Ratsmitglied Mensing wollte wissen, wann denn die letzte Anhebung erfolgt sei.

Dies sei vor ca. 5 – 6 Jahren der Fall gewesen, erklärte Kämmerer Isfort.

Ratsmitglied Deitert fragte nach, ob die jetzigen Bescheide schon fertig gestellt seien und ob es möglich sei, einen erhöhten Steuersatz noch einzuarbeiten.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass dies grundsätzlich möglich sei. Arbeitstechnisch ergebe sich jedoch ein deutlicher Mehraufwand. Dennoch solle eine eventuelle Entscheidung nicht daran festgemacht werden.

Bürgermeister Niehues fragte den Fraktionsvorsitzenden Weber, ob die Fraktion der Grünen an dem Antrag festhalten wolle, die Hebesätze um 15 Prozentpunkte anzuheben.

Ratsmitglied Weber bejahte dies mit der Begründung, dass alles, was jetzt nicht getan werde, die Situation nur noch schlimmer mache. Man könne so nicht mehr weitermachen.

Bürgermeister Niehues ließ über den Antrag vom Fraktionsvorsitzenden Weber, die Hebesätze um 15 Prozentpunkte anzuheben, **abstimmen**.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	2 Ja-Stimmen
	20 Nein-Stimmen
	3 Enthaltungen

Damit war dieser Antrag **abgelehnt**.

Abschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Die in der Sitzungsvorlage Nr. VIII/89 als **Anlage I** beigefügte Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern in der Gemeinde Rosendahl für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	23 Ja-Stimmen
	2 Nein-Stimmen

10 **45. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick (Darstellung von Windeignungsbereichen auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl)**

hier: **Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 2, Abs. 2, 3, 4 und 2a Baugesetzbuch (BauGB) sowie Offenlegungsbeschluss**

gem.	§	3	Abs.	2	BauGB
------	---	---	------	---	-------

Vorlage: VIII/81

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss.

Fraktionsvorsitzender Weber betonte, dass die Grünen dagegen seien den Flächennutzungsplan neu aufzustellen. Es gebe schließlich auch ohne Flächennutzungsplan klare Kriterien für die Errichtung von Windkraftanlagen.

Fraktionsvorsitzender Branse wies darauf hin, dass es raumbedeutsame und nicht raumbedeutsame Anlagen gebe. Die nicht raumbedeutsamen Anlagen könnten überall entstehen, also auch außerhalb der Windeignungsbereiche, raumbedeutsame Anlagen dagegen nur in den Windeignungszonen. Man müsse grundsätzlich überlegen, ob man die Änderung des Flächennutzungsplanes beschließen wolle, weil dies schließlich Kosten verursache.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und

Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der Planungsstand wird anerkannt und den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VIII/81 und der Ergänzungsvorlage Nr. VIII/81/1 beigefügten Empfehlungen zu den Anlagen I-XI und XIII wird zugestimmt.

Der Planentwurf nebst dem Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

11 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Nord-West" im Ortsteil Darfeld
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VIII/82

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Nord-West“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 13 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/82 beigefügten Entwurf durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12 Mitteilungen

12.1 Ankündigung eines Zuschussantrages für den Ausbau des Familienzentrums Fidus im Ortsteil Osterwick für die U-3 Betreuung

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass auch im DRK-Familienzentrum Fidus in Osterwick für die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern noch räumliche Veränderungen notwendig seien, wie die Schaffung eines Schlafraumes und eines Wickelraumes.

Vorstandsmitglied Herr Homann habe ihm in einem Gespräch mitgeteilt, dass hierfür kurzfristig eine Planung erstellt und ein Förderantrag an das Landesjugendamt gestellt werde.

Für die Übernahme des Trägeranteils (10%) werde noch im Februar ein entsprechender Zuschussantrag an die Gemeinde gestellt, worüber der Rat dann im Rahmen der Haushaltsberatungen entscheiden müsse.

Das Schreiben des DRK-Ortsvereins ist diesem Protokoll als **Anlage III** beigefügt.

12.2 Teilnahme der Rosendahler Grundschulen am EU- Schulobstprogramm

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass er auf Anregung des Ratsmitgliedes Kreutzfeldt die SchulleiterIn der Grundschulen zu einem Gespräch über das EU-Schulobstprogramm gebeten habe. Die Sebastian-Grundschule Osterwick sehe sich sowohl personell als auch räumlich in der Lage, an diesem Programm teilzunehmen und werde einen entsprechenden Antrag stellen.

Die Nikolaus-Grundschule Holtwick sehe sich dagegen aus personellen Gründen nicht in der Lage, an dem Programm teilzunehmen.

An der Antonius-Grundschule Darfeld gebe es keine Schulküche mehr, die aus Hygienegründen für die Lagerung und Zubereitung des Obstes nötig sei, so dass die Antonius-Grundschule Darfeld aus räumlichen Gründen nicht in der Lage sei, teilzunehmen.

12.3 Einladung zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur REGIONALE 2016

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass für die Ratsmitglieder eine Einladung zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur REGIONALE 2016 vorliege.

Diese Einladung sei ihm per Email zugeleitet worden. Er weise allerdings darauf hin, dass er bei der momentanen Haushaltslage keine Chance sehe, sich an Projekten im Rahmen der REGIONALE zu beteiligen. Falls Interesse der Ratsmitglieder bestehe, an der Veranstaltung teilzunehmen, bitte er darum, sich bis zum 17. Februar 2010 anzumelden.

12.4 Zuständigkeit für das angekündigte Bürgerbegehren gegen das Jugendhaus

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass Allgemeiner Vertreter Gottheil an sich für das angekündigte Bürgerbegehren zuständig sei, gleichzeitig aber auch für die Realisierung des Jugendhauses. Zur Vermeidung eines Interessenkonfliktes habe er Fachbereichsleiter Homering gebeten, das Bürgerbegehren verwaltungsseitig abzuwickeln.

13 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es gab keine Anfragen von Einwohnern.

Nach dem Ende der öffentlichen Sitzung wurde von 21:03 Uhr bis 21:19 Uhr eine Pause eingelegt.

Niehues
Bürgermeister

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführerin